

BESCHLUß DES RUMÄNISCHEN MINISTERRATS BEZÜGLICH DER MINDERHEITEN VOM 1. AUGUST 1938

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 1. August 1938 die Berichte der Herrn Minister des Äußern, des Innern, der nationalen Erziehung und des Kultus und der Künste angehört und setzt auf Grund der bestehenden Gesetze die folgenden Normen fest, nach denen sich die Tätigkeit aller Ressorts und aller Behörden und öffentlichen Dienststellen zu richten hat in den Fragen, die das Leben der Minderheiten im Rahmen des Staates betreffen. Diese Normen dienen auch zur Richtschnur für das Generalkommissariat der Minderheiten:

Art. 1. Die rumänischen Staatsbürger haben ohne Unterschied der Sprache, der Rasse und der Religion das Recht — unter Aufsicht des Staates — Schulen und konfessionelle Kultureinrichtungen zu errichten, zu führen und zu verwalten, die Sprache der betreffenden Minderheit zu gebrauchen, unter den Bedingungen, die im Gesetz über die Organisierung des Privatunterrichtswesens vom Jahre 1925 niedergelegt sind.

Art. 2. Der Staat gewährt den Erhaltern dieser Schulen Unterstützungen durch seinen Staatsvoranschlag.

Art. 3. Den Privatschulen der Minderheiten wird ein entsprechender Anteil der von den Gemeinden eingehobenen vierzehnprozentigen Steuer gewährt.

Art. 4. Die Gesuche um Erteilung des Öffentlichkeitsrechtes und die bis zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erledigt wurden, sind im Sinne der bestehenden Gesetze zu prüfen und zu erledigen.

Art. 5. Nur die für die Erziehung der Kinder gesetzlich verantwortlichen Personen (Vater, Mutter oder Vormund) haben das Recht, die Volkszugehörigkeit des Kindes zu bestimmen. Sie können es bei der konfessionellen Schule, bei der Staatsschule oder bei der Schule irgendeiner andern Konfession einschreiben.

Art 6. Die Sonntagsschulen der Minderheiten und die Vereinigung der Jugend beider Geschlechter haben das Recht, ihre Tätigkeit im Einklang mit den Bestimmungen der Gesetze und der zuständigen Orte genehmigten Satzungen auszuüben.

Art. 7. Die Religionslehrer an konfessionellen Mittelschulen der Minderheiten haben auch für die Zukunft das Recht, auf Grund ihrer von einer theologischen Akademie ihrer Konfession ausgestellten Diplome definitiv angestellt zu werden, ohne eine neue Prüfung ablegen zu müssen, außer der allgemeinen Befähigungsprüfung.

Art. 8. Um die Schüler, die Studien in bestimmten Gegenständen in ihrer eigenen Sprache an den konfessionellen Lyzeen der Minderheiten absolviert haben, in ihrer Sprache zu prüfen, sind für die Bakkalaureatsprüfungen Professoren zu ernennen, die die Muttersprache dieser Schüler beherrschen.

Art. 9. Die Verwaltungsstellen sind verpflichtet, die Rechte der Vertreter der historischen Kirchen der Minderheiten auf autonome Leitung und Regelung aller kirchlichen, finanziellen und stiftungsmäßigen Angelegenheiten im Sinne ihrer Kirchenordnungen zu

achten, in so fern diese mit den Gesetzen öffentlicher Ordnung nicht im Widerspruch stehen.

Art. 10. Es ist den Verwaltungsorganen verboten, sich in Angelegenheiten des religiösen Dienstes einzumischen.

Art. 11. Die Zuwendungen des Staates für die Bezahlung der Geistlichen geschehen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses auf Grund der gleichen Abstufungen im Einklang mit dem Kultusgesetz.

Art. 12. Die völkische Abstammung und der Unterschied der Sprache und der Religion eines rumänischen Staatsbürgers bildet keinerlei Hindernisse für die Besetzung eines staatlichen Komitats- oder Gemeindeamtes.

Art. 13. Jedes Mitglied der Gemeinderäte, das einer Minderheit angehört, kann in den Verhandlungen dieser Räte seine Muttersprache gebrauchen. Die Sitzungsprotokolle dieser Räte sind in rumänischer Sprache abzufassen.

Art. 14. Die Staatsbürger, die einer Minderheit angehören und die Staatssprache noch nicht beherrschen, können bei den örtlichen Bürgermeisterämtern Gesuche auch in ihrer Muttersprache einreichen. In diesem Falle ist den Gesuchen stets eine beglaubigte rumänische Übersetzung beizuschließen.

Art. 15. Der amtliche Schriftwechsel geschieht in der Staatssprache.

Art. 16. Die Beamten in den Gemeinden der Minderheiten müssen auch die Sprache der betreffenden Minderheit beherrschen.

Art. 17. In den Gemeinden, in denen in ansehnlichem Verhältnis rumänische Staatsbürger wohnen, die den völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten angehören, ist der Bürgermeister oder dessen Stellvertreter aus der Reihe dieser Minderheiten zu ernennen.

Art. 18. An den Kopf der Zeitungen, Zeitschriften, Veröffentlichungen und dergleichen kann die Bezeichnung des Erscheinungsortes dieser Druckschriften auch in der Sprache der betreffenden Minderheit angegeben werden. Im Innern dieser Druckschriften jedoch ist der ausschließliche Gebrauch der Sprache der Minderheit zur Bezeichnung dieser Orte zulässig.

Art. 19. Die Familiennamen sind stets in ihrer ursprünglichen Form zu schreiben.

Art. 20. Die Beamten im Dienst des Staates und der Gemeinden sind von der Ablegung der rumänischen Sprachprüfung entbunden, wenn sie Zeugnisse rumänischer Staatsschulen besitzen. Ebenso sind auch die Beamten von einer neuerlichen Prüfung befreit, die eine derartige rumänische Sprachprüfung mit Erfolg bestanden haben.

Art. 21. Die Beamten und Lehrer an einer Mittel- oder Volksschule, die an Staatsschulen angestellt sind, haben das Recht auf freien Verkehr auf den Staatseisenbahnen mit 50 Prozent Ermäßigung so wie die rumänischen Beamten.

Art. 22. Bei den Gerichten sind den Staatsbürgern, die einer Minderheit angehören, gewisse Erleichterungen zu gewähren, und zwar in dem Sinne, daß sie ihre Belange in

ihrer Muttersprache vertreten können, sofern sie nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten werden. Im allgemeinen sind die nötigen Maßnahmen zu treffen, damit den Gerichten die entsprechenden Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden.

Art. 23. Die rumänischen Staatsbürger, die einer historischen Minderheit angehören, können in den betreffenden Siedlungsgebieten vertreten werden:

- a) in den Handels- und Industriekammern,
- b) in den Landwirtschaftlichen Kammern und
- c) in den Arbeitskammern.

Art. 24. Die Banken und Genossenschaften der Minderheiten können sich in voller Freiheit entwickeln zu den gleichen Bedingungen, wie die gleichen Unternehmungen der Rumänen.

Art. 25. Die Handelsfirmen sind in rumänischer Sprache abzufassen. Die Angehörigen der Minderheiten können sie auch in ihrer Sprache abfassen, müssen aber Buchstaben in gleicher Größe gebrauchen.

Art. 26. In Rumänien dürfen nur Fahnen in den Farben des rumänischen Staates gehißt werden. Die Regierung kann aber bestimmten Vereinigungen gestatten, an bestimmten Orten auch ihre eigenen Banner und Abzeichen zu gebrauchen.

Art. 27. Die Lage des siebenbürgischen Museums, des Szekler Museums in Sepsiszentgyörgy und der Teleky-Bibliothek in Neumarkt a. M. sind in billiger Weise unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Gründungsakte zu regeln.

Art. 28. Die Tätigkeit des ungarischen-siebenbürgischen Landwirtschaftsvereines auf Grund und im Rahmen seiner Satzungen wird zugesichert.

Gegeben am 1. August 1938.

[Unterschriften der Minister]

Anlage 1: Dekret zur Ernennung des Generalkommissariates für Minderheiten vom 3. August 1938

Wir, Karl II.

von Gottes Gnaden und dem nationalen Willen König von Rumänien; allen Gegenwärtigen und Kommenden Gesundheit!

Über Bericht Unseres Ministerpräsidenten Nr. 4250 aus 1938; im Hinblick auf Art. 5 des Gesetzes zur Einrichtung der Direktion für Minderheiten, geschaffen unter Nr. 1668 vom 3. Mai 1938; auf Grund des Art. 46 der Verfassung, haben Wir verordnet und verordnen:

Art. 1. Herr Silviu Dragomir, Universitätsprofessor, gewesener Minister, wird mit der Leitung des Generalkommissariates für Minderheiten bei der Ministerpräsidentschaft betraut.

Art. 2. Unser Ministerpräsident wird mit der Durchführung dieses Dekretes beauftragt.

Gegeben in Bukarest am 3. August 1938.

Karl

Der Präsident des Ministerrates:

Miron, Patriarch von Rumänien.

Anlage 2: Dienstvorschrift für die Tätigkeit des Generalkommissariates für Minderheiten vom 3. August 1938

Wir, Karl II.

von Gottes Gnaden und dem nationalen Willen König von Rumänien; allen Gegenwärtigen und Zukünftigen Gesundheit!

Über Bericht Unseres Ministerratspräsidenten Nr. 4263 von 1938, angesichts des Ministerratsprotokolles Nr. 1749a von 1938, auf Grund des Gutachtens des gesetzprüfenden Rates Nr. 207 von 1938 und kraft Art. 46 der Verfassung haben Wir verfügt und verfügen:

Art. 1. Das Generalkommissariat für Minderheiten ist unmittelbar der Ministerpräsidentenschaft unterstellt.

Art. 2. Außer den besonderen Obliegenheiten der gewesenen Direktion für Minderheiten des Kultus- und Kunstministeriums wird das Generalkommissariat für Minderheiten noch betraut mit:

- a) Überwachung der Anwendung aller gesetzlichen und Verwaltungsbestimmungen gegenüber den Minderheiten,
- b) Einschreiten bei den betreffenden Behörden im Bedarfsfall, um die genaue, einheitliche und gerechte Anwendung der erwähnten gesetzlichen und Verwaltungsbestimmungen zu sichern,
- c) Studium der Probleme aller Art in Verbindung mit dem Leben der Minderheiten im Staat und Antragstellung über die für geeignet erachteten Lösungen an die berufenen Stellen.

Art. 3. Im allgemeinen wird das Generalkommissariat im Rahmen seiner Betätigung berücksichtigen, daß:

1. alle Rumänen ohne Unterschied der völkischen Herkunft und religiösen Überzeugung verpflichtet sind, das Vaterland als Hauptgrundlage ihres Lebenszweckes anzusehen (Art. 4 der Verfassung),
2. die rumänischen Bürger ohne Unterschied der Sprache, der Rasse oder Religion vor dem Gesetz gleich sind, dem sie Achtung und Gehorsam schulden (Art. 5 der Verfassung),
3. die in Kraft stehenden Gesetze allen rumänischen Staatsbürgern ohne Unterschied der Sprache, Rasse oder des Glaubens die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, die gleiche Behandlung und die gleichen Bürgschaften zusichern.

Daraus folgt:

a) Den rumänischen Minderheitenbürgern steht es frei, auf dem Gebiet der Religion, der Presse, in ihren persönlichen und Handelsbeziehungen sowie in den gemäß dem Gesetz und den von den berufenen Stellen genehmigten Satzungen zugelassenen Vereinigungen und Versammlungen ihre Muttersprache zu gebrauchen. Gleicherweise werden ihnen bald Erleichterungen bereitet werden, um ihre Muttersprache vor den Gerichtsbehörden zu gebrauchen (Art. 10 der Verfassung, Art. 8 und 9 des Gesetzes vom 26. September 1920, Artikel 1, 3 und 24 des Gesetzes über die allgemeine Ordnung der Kulte).

b) Die Minderheitenbürger genießen unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen rumänischen Bürger das Recht, Wohltätigkeits-, Religions- oder soziale Anstalten sowie Schulen und andere Erziehungsanstalten auf ihre Kosten zu gründen, zu leiten und zu überwachen, sowie das Recht, ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihren Kult ungehindert, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, auszuüben. (Art. 10 der Verfassung, Art. 9 des Gesetzes vom 26. September 1920, Art. 1, 14, 15, 16 und 24 des Gesetzes über die allgemeine Kultenordnung, Gesetz Nr. 146 von 1925).

c) In Orten, in denen ein namhafter Teil der Bevölkerung aus Minderheitenbürgern besteht, werden die von den Minderheitenbürgern gegründeten Anstalten erzieherischer, religiöser oder wohltätiger Art gemäß dem Gesetz einen gleichmäßigen Anteil der für erzieherische, religiöse oder Wohltätigkeitszwecke im Haushalt des Staates oder in den örtlichen Haushalten aufgewendeten Beträge erhalten, wobei selbstverständlich das Bestehen gleichartiger Staatseinrichtungen, die für die gleichen Minderheiten bestimmt sind, berücksichtigt wird. (Art. 10 des Gesetzes vom 26. September 1920, Art. 31 und 32 des Gesetzes über die allgemeine Ordnung der Kulte).

d) Was den öffentlichen Unterricht in den zum großen Teil von Minderheitenbürgern bewohnten Orten betrifft, gewährt die rumänische Regierung alle Erleichterungen, um den Kindern dieser Minderheitenbürger die Möglichkeit zu sichern, in ihrer eigenen Sprache in den staatlichen Volksschulen unterrichtet zu werden (Art. 7 des Volksschulgesetzes).

e) Schließlich können rumänische Minderheitenbürger ihre verschiedenen Berufe unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen Bürger des Landes ausüben und können auch gleicherweise in die öffentlichen Dienste, Ämter usw. zugelassen werden (Art. 27 der Verfassung).

Art. 4. Das Gutachten des Generalkommissariates für Minderheiten wird seitens der öffentlichen Behörden so oft eingeholt werden, als beabsichtigt ist, eine als notwendig erachtete Maßnahme hinsichtlich der Kulte, des Unterrichtes, der Einrichtungen und im allgemeinen jeder Frage zu treffen, die das Leben der Minderheiten im Rahmen des Staates berührt.

Art. 5. Die berufenen Ressorts werden dem Generalkommissariat für Minderheiten alle Informationen und alles Dokumentenmaterial zur Verfügung stellen, deren es in Verbindung mit seinen Obliegenheiten bedarf.

Art. 6. Der Ministerpräsident kann den Generalkommissär für Minderheiten auch zu den Arbeiten des Ministerrates beiziehen, so oft Fragen zur Beratung gelangen, die die rassischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten interessieren können.

Art. 7. Die Vorschläge des Generalkommissariates für Minderheiten erfolgen im Wege der Ministerpräsidentenschaft. Nur der Ministerpräsident kann bei den Vorständen der Ressorts zur Durchführung der Maßnahmen, die das Generalkommissariat für notwendig erachtet, einschreiten. In allen andern Fragen verkehrt das Generalkommissariat für Minderheiten mit den Ministerien unmittelbar.

Art. 8. Die Abteilungen des Generalkommissariates für Minderheiten werden in mehrere Ämter zerfallen. Jedes Amt wird für die Fragen, die eine oder mehrere Minderheiten betreffen, bestimmt. Die Anzahl der Kanzleibeamten wird durch den Haushaltsplan festgesetzt.

Art. 9. Das Leitungspersonal sowie die Berichterstatter müssen die Minderheitensprache beherrschen, die in ihr Amtsbereich gehört.

Art. 10. Das Finanzministerium wird im Wege der Ministerpräsidentenschaft dem Generalkommissariat für Minderheiten die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um bis zum nächsten Haushaltgesetz tätig zu sein, worauf dann der nötige Aufwand in den Haushalt der Ministerpräsidentenschaft aufgenommen wird.

Gegeben in Bukarest am 3. August 1938.

Karl

Der Präsident des Ministerrates:

Miron, Patriarch von Rumänien

[Quelle: Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1938), H.11, S.1110-1115.]